Deutscher Bundestag **Drucksache 16/9120**
16. Wahlperiode 08. 05. 2008

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann, Dr. Gesine Lötzsch, Roland Claus, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/7567 –

Erhöhung von Transparenz und Zielgenauigkeit des Mitteleinsatzes für die ostdeutschen Bundesländer

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, bis Ende 2008 die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, um die Daten des Finanztransfers wieder differenziert nach Ost- und Westdeutschland sowie aufgeschlüsselt nach Transfers aus dem Bundeshaushalt, dem Solidarpakt II und den Sozialversicherungen zu erfassen, um gesicherte Daten über Kaufkraftunterschiede in Ost- und Westdeutschland zu ermitteln, um die Anzahl der Leiharbeitsverhältnisse für alle Bundesländer einzeln anzugeben, um das Steueraufkommen genauer den Bundesländern zuzuordnen, in denen es erarbeitet wurde, und um eine umfassende Statistik der Alterssicherung zu entwickeln.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/7567 abzulehnen.

Berlin, den 5. Mai 2008

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Klaus W. Lippold Vorsitzender	**Joachim Günther (Plauen)** Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Joachim Günther (Plauen)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/7567** in seiner 149. Sitzung am 7. März 2008 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet vor allem die Forderung, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, bis Ende 2008 die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, um die Daten des Finanztransfers wieder differenziert nach Ost- und Westdeutschland sowie aufgeschlüsselt nach Transfers aus dem Bundeshaushalt, dem Solidarpakt II und den Sozialversicherungen zu erfassen, um gesicherte Daten über Kaufkraftunterschiede in Ost- und Westdeutschland zu ermitteln, um die Anzahl der Leiharbeitsverhältnisse für alle Bundesländer einzeln anzugeben, um das Steueraufkommen genauer den Bundesländern zuzuordnen, in denen es erarbeitet wurde, und um eine umfassende Statistik der Alterssicherung zu entwickeln.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/7567 in seiner 90. Sitzung am 23. April 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 62. Sitzung am 23. April 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag in seiner 83. Sitzung am 23. April 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat den Antrag in seiner 61. Sitzung am 23. April 2008 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** vertrat die Auffassung, die in dem Antrag geforderten Daten seien bereits in verschiedenen Formen verfügbar. Man solle hier auch die Zuständigkeiten der Bundesländer beachten. Die in dem Antrag vorgeschlagene Trennung der Statistiken nach westdeutschen und ostdeutschen Bundesländern lehne sie ab. Sie werde daher dem Antrag nicht zustimmen.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, sie lehne den Antrag ab, und verwies darauf, dass Transparenz und Zielgenauigkeit des Mitteleinsatzes von den beteiligten Bundesländern zu verantworten sei. Die verfügbaren Informationen, welche auch in Antworten der Bundesregierung auf parlamentarische Anfragen wiedergegeben worden seien, seien inhaltlich ausreichend.

Die **Fraktion der FDP** bemerkte, manche Antworten der Bundesregierung auf parlamentarische Anfragen zu den in dem Antrag beschriebenen Themen würden die Frage aufwerfen, ob die zur Beantwortung erforderlichen Daten bekannt seien, ob sie mit der gebotenen Sorgfalt erhoben worden seien beziehungsweise ob man sie nicht bekanntgeben wolle. Zu einem erheblichen Teil seien die Daten, deren Erhebung der Antrag fordere, bereits vorhanden, etwa bei den statistischen Landesämtern. Sie müssten nur aufbereitet werden. Man könne daher zwar eine solche Aufbereitung fordern, aber die Führung zusätzlicher Statistiken halte man nicht für geboten.

Die **Fraktion Die LINKE.** erklärte, die bislang vorliegenden Statistiken zeigten, dass eine Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen den westlichen und den östlichen Bundesländern nach wie vor nicht erreicht sei. Auch vor dem Hintergrund der vorgesehenen Kürzung der Mittel aus dem Solidarpakt II sei es legitim, einen Antrag, wie sie ihn vorgelegt habe, zu stellen. Eine unzureichende Datenbasis begründe die Gefahr, dass dadurch falsche politische Entscheidungen getroffen würden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellte fest, in Bezug auf Transparenz und Zielgenauigkeit des Mitteleinsatzes gebe es offene Fragen. Auf Fragen zu dem Thema erhalte man von der Bundesregierung häufig keine oder unbefriedigende Antworten. Es seien zwar an verschiedenen Stellen Daten verfügbar, diese zu recherchieren und aufzubereiten sei aber nicht Aufgabe des Parlaments. Man dürfe von der Bundesregierung umfassende Antworten erwarten, welche zusätzliche Recherchen entbehrlich machten. Daher stimme sie dem Antrag zu.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag auf Drucksache 16/7567 abzulehnen.

Berlin, den 5. Mai 2008

Joachim Günther (Plauen)
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333